



Demonstration in Bonn am 4.6.1983. Bannerträger: links Ulrich Vultejus, rechts Helmut Kramer, links im Hintergrund Hans-Ernst Böttcher, in der Mitte mit Kinderwagen Eberhard Carl, rechts daneben Renate Metzger-Carl

Foto: privat

Tempi passati?

Oder warum wir uns als Juristen heute besonders im Kampf gegen die Kriegsgefahr engagieren können und müssen

von Helmut Kramer

Die Soldaten, wo sind sie geblieben? Dumme Frage, Militär, militärische Aggression, sogar Angriffskriege unter deutscher Beteiligung gibt es in aller Welt. Dazu die Friedensbedrohung durch den zunehmenden Waffenexport, auch da ist Deutschland einer der Meister. Wo aber sind die Friedensaktivisten mit ihrer Kritik an der permanenten Missachtung des völkerrechtlichen Gewaltverbots geblieben, heute im Jahr 2012? Doch, es gibt sie noch, sie sind nur nicht genügend bekannt. Was meine Berufskolleginnen und -kollegen angeht, sind sie vor allem in der Vereinigung IALANA (International Association

Against Nuclear Arms¹) zu finden. Doch müsste es noch mehr Engagement geben.

Vor mir liegen Fotos, darunter Fotos von der großen Demonstration der Richter und Staatsanwälte für den Frieden am 4. Juni 1983 in Bonn, mit annähernd 300 Teilnehmern, angereist aus allen Teilen der Bundesrepublik. Viele Gesichter, die meisten jünger als ich, erkenne ich wieder, erinnere mich auch gern an die Namen. Ein Déjà vu: Anlass war der NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung von Mittelstreckenraketen.² Viele der mitgeführten Transparente for-

dern „Abrüstung statt Wehrstrafgerichte“. Kurz zuvor waren die Geheimpläne des Bonner Justizministeriums und des Verteidigungsministeriums zum Aufbau einer Militärjustiz ans Licht gekommen. Inzwischen haben die Militärpolitiker erkannt, dass man das Ziel: die juristische Aufarbeitung von Verstößen gegen das Kriegsvölkerrecht (Stichwort: Kollateralschäden) möglichst zu verhindern, auch einfacher und unauffälliger erreichen kann, nämlich durch eine Verfahrenskonzentration auf eine einzige Staatsanwaltschaft, die bayerische Staatsanwaltschaft Kempten, und ein einziges erstinstanzliches Gericht,

nämlich das Amtsgericht Kempten.³ Möglicherweise ist das sogar nur ein Zwischenstadium auf dem Wege zu einer echten Kriegsgerichtsbarkeit. Hier ist jeder Richter und jede Richterin aufgerufen, sich ein unabhängiges Urteil zu bilden.

Eine große Rolle spielte damals das Erschrecken über die in der damaligen Juristenausbildung ausgeblendete Justizgeschichte der Jahre 1933 bis 1945, gerade auch der Verbrechen der Wehrmachtjuristen. Mit dem Gedanken, derartiges dürfe uns „nie wieder“ passieren, fühlten sich viele persönlich angesprochen. In dem gemeinschaftlichen Erlebnis nicht zuletzt auch auf Tagungen zur NS-Justiz liegen auch die ersten Anstöße zur Gründung des Richterratschlags. Verstärkt wurde das Engagement durch die damalige erbitterte Abwehr einer rückhaltlosen Vergangenheitsaufarbeitung und den dadurch angeheizten Generationenkonflikt. An solchen Verstärkungsmomenten fehlt es, seit die entschiedene Distanzierung von den NS-Verbrechen zur Pflichtübung vieler Sonntagsreden und Gedenkrituale geworden ist.

Für das Nachlassen des friedenspolitischen Engagements in der breiten Bevölkerung gibt es Gründe. Wenn den Älteren die Schrecknisse des Krieges aus eigenem Erleben oder der Familienüberlieferung noch plastisch vor Augen standen, verschwindet nach der Exportierung der Kriege in weit entfernte Weltregionen die Wirklichkeit des Krieges zunehmend hinter einer Kulisse medialer Bilderflut. Ihren Höhepunkt hatte die Friedensbewegung erreicht, als infolge des NATO-Doppelbeschlusses die amerikanischen Atomraketen gewissermaßen in den Vorgärten des deutschen Bürgertums aufgestellt werden sollten. Zustatten kamen in der Zeit nach der Wiedervereinigung den Rüstungs- und Interventionsbefürwortern auch ihre Erfolge bei der Suche nach neuen Kriegsgründen, nachdem ihnen der Feind im Osten abhanden gekommen war.

Nachdenklich macht ein interessantes Phänomen: Antifaschistischer, oftmals erfreulich breiter Protest ist zwar stärker, antimilitaristischer Protest aber schwä-



Im Vordergrund Volker Lindemann

Foto: privat

cher geworden. Liegt es daran, dass der Irrsinn des Rechtsradikalismus für viele auf der Hand liegt, während die Zusammenhänge von Krieg einschließlich der Abrüstungsfrage mit den ernststen wirtschaftlichen und anderen sozialen Problemen und die schleichende Militarisierung der Bundesrepublik als für eine nähere Beschäftigung zu komplex erscheinen? Oder gibt es einen Zusammenhang mit der zunehmenden Entpolitisierung der deutschen Gesellschaft? Doch sollte eine tatsächliche oder auch nur vorgespiegelte Komplexität der Zusammenhänge und Rechtsprobleme gerade für Juristen kein Hinderungsgrund zum Engagement sein.

Mit ihrem Fachwissen und ihrer Berufserfahrung könnten gerade Juristen einen wichtigen, ja unentbehrlichen Beitrag im Kampf gegen die direkte und indirekte Bedrohung des Friedens durch die herrschende Militärpolitik leisten.

Was tun?

Es gibt genug aktuelle Arbeitsfelder oder Arbeitsansätze.

Wenn es um die Verhinderung von Angriffskriegen und Verletzungen des Völkerrechts geht, sind im Kampf um die Friedenssicherung Juristen unentbehrlich. Bei der zunehmenden Verrechtlichung aller Lebensbereiche ist es vor allem das Recht, das dem Einsatz militärischer

Gewalt Grenzen setzt. Deshalb lassen viele Militärpolitiker und militärfreundliche Massenmedien nichts unversucht, Gesellschaft und Politik durch Vernebelung der tatsächlichen und rechtlichen Konfliktsachen und rechtlichen Implikationen auf den nächsten Krieg einzustimmen. Um der systematischen Desinformation entgegenzuwirken, tragen Juristen eine besondere Verantwortung.

Für alle, die sich ernsthaft engagieren wollen, gibt es genug Handlungsmöglichkeiten.

Wer aufklären will, muß sich allerdings zunächst die relevanten Informationen verschaffen. Dabei sollte man sich selbst auf die sogenannte Qualitätspresse nicht verlassen⁴.

Für alle, die nach der Schere im Kopf lohnabhängiger Journalisten zum Opfer gefallen Informationen suchen, gibt es aber genügend lesenswerte Lektüre.

Nicht jeder kann sich ein Abonnement und, wie ich als Ruheständler seit vielen Jahren, die Zeit leisten, um sich in den Blättern für deutsche und internationale Politik⁵ über die in der Tat komplexen Sachverhalte und Zusammenhänge zu unterrichten. Als Quelle für unterdrückte Nachrichten gibt es aber auch das kleine, aber professionell herausgegebene Blatt *Ossi/etky*, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft⁶, die NachDenkSeiten⁷

und die Neue Rheinische Zeitung⁸ und, um es nicht zu vergessen, den Rundfunk. Dort gibt es ein noch immer zu wenig bekanntes, auf eine lange Tradition zurückblickendes Format: NDR-Info gibt speziell zu den Themen Rüstung, Militärpolitik und Militäreinsätze wichtige Informationen und Ermunterung.⁹

Unentbehrliche Information und Ermunterung erhält man in Gesprächsrunden im Austausch mit Gleichgesinnten. Noch mehr Impulse auf Tagungen. Für mich war das immer wieder der Anstoß zu neuen Initiativen. Zeitweise waren die Themen Frieden und Friedenssicherung eines der Hauptthemen des *Richterrat-schlages*.

Angesichts der weltweit schwellenden Konflikte und Brandherde, an denen die Bundesrepublik nicht ganz unbeteiligt ist, trifft es sich deshalb gut, dass vom 26. bis 28. April 2013 in Bremen eine große Konferenz zum Thema „NATO Quo Vadis – Herausforderungen für Demokratie und Recht“ unter Teilnahme vieler Expertinnen und Experten stattfindet.¹⁰

Wichtig ist auch die Zusammenarbeit mit allen in der Friedensarbeit engagierten Gruppen und Organisationen. Ebenso wie Juristen dort Unterstützung und Hilfe erwarten können, sind die Friedensinitiativen auf juristischen Rat und natürlich auch auf Mitglieder und Fördermitgliedschaften oder materielle Hilfe wie Spenden angewiesen.

Für Juristen verdient besondere Beachtung die friedenspolitisch rührige Juristenorganisation IALANA¹¹. Um von den zahlreichen lokalen und überregionalen friedenspolitischen Organisationen und Initiativen nur einige aufzuzählen, nenne ich ferner die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e. V. in Tübingen¹² und die Informationsstelle Wissenschaft und Frieden e. V. (IWIF) in Bonn¹³, die beide auch entsprechend benannte Zeitschriften herausgeben¹⁴. Viel Material findet man auch in der Zeitschrift Forum Pazifis-

mus¹⁵. Aktiv in dem wichtigen Arbeitsfeld Rüstungskontrolle mit dem Unwesen des Waffenexports und Waffenhandels ist die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“¹⁶.

Wir müssen uns zu Wort melden

Neben Mails und Offenen Briefen an Abgeordnete und andere Politiker sind Leserbriefe eine gute Aktionsform. Zu-

dahin unbeholfenen, wenig anschaulichen Schreibstil zu verbessern.

Wenn man darauf achtet, liefern die Nachrichten fast alle paar Tage einen Anstoß, um sich als Jurist zu Wort zu melden. So etwa, wenn man davon liest, dass ein amerikanischer Unteroffizier, der im Irak-Krieg ein Massaker (Männer, Frauen, auch viele Kinder) angeordnet hat, mit einer kleinen Arreststrafe davonkam, die er nicht einmal verbüßen musste. Oder wenn in dem vor kurzem eingeleiteten Strafprozess gegen Robert Bates, der zur Nachtzeit auf eigene Faust in afghanischen Dörfern ganze Familien umgebracht hat, zu den in dem Strafprozess zu berücksichtigenden Ursachen solcher Entmenschlichung der Verteidiger mit Recht sagt: „Hier stehen der Krieg und eine ganze Armeeführung vor Gericht.“¹⁷

Wenn der Verantwortliche für das berüchtigte Massaker in Kunduz, Oberst Georg Klein, zweimal hintereinander, im Ergebnis in die Funktion eines Generals befördert wird und die Süddeutsche Zeitung dies damit flankiert, eine Verweigerung der Beförderung gleiche einer Bestrafung¹⁸, kann wohl jeder Jurist spontan damit kontern, dass es für keinen Richter, keinen Beamten und auch keinen Soldaten einen Anspruch auf Beförderung gibt.

Laxen Umgang mit dem Völkerrecht und Artikel 20 GG nicht widerspruchslas lassen!

Informierten Juristen dürfte es auch schwer fallen, zu schweigen, wenn Journalisten in ihren Kommentaren versuchen, mit militärischen Interventionen durch Waffeneinsatz von außen nicht lösbare Konflikte dadurch noch anzuhetzen, dass sie Waffenlieferungen an die Aufständischen in Syrien fordern¹⁹ oder unverminderten Rüstungsexporten das Wort reden²⁰.

Wenn willfährige Behördenleiter Aktenvernichtungen dulden oder, wie im Fall Kunduz, Bundeswehroffiziere eine

ERICH FRIED

Gründe

„Weil das alles nicht hilft
Sie tun ja doch was sie wollen

Weil ich mir nicht nochmals
die Finger verbrennen will

Weil man nur lachen wird:
Auf dich haben sie gewartet

Und warum immer ich?
Keiner wird es mir danken

Weil da niemand mehr durchsieht
sondern höchstens noch mehr kaputtgeht

Weil jedes Schlechte
vielleicht auch sein Gutes hat

Weil es Sache des Standpunktes ist
und überhaupt wem soll man glauben?

Weil auch bei den andern nur
mit Wasser gekocht wird

Weil ich das lieber
Berufeneren überlasse

Weil man nie weiß
wie einem das schaden kann

Weil sich die Mühe nicht lohnt
weil sie alle das gar nicht wert sind“

Das sind Todesursachen
zu schreiben auf unsere Gräber

die nicht mehr gegraben werden
wenn das die Ursachen sind

gleich eine Gelegenheit, um die Wahrheit ans Licht und notwendige Kritik auf den Punkt zu bringen. Für mich, der anfangs nur im Verfassen von Urteilsbegründungen und Voten geübt war, war das eine schöne Chance, meinen bis

gezielte Spurenverwischung am Tatort, also eine Straftat nach § 258a StGB, ermöglichen, liegt für jeden mit dem Strafrecht vertrauten Juristen eine Strafanzeige wegen Strafvereitelung im Amt nahe²¹. Auf die Begründung, mit der die Staatsanwaltschaft Köln meine Strafanzeige zurückwies – weil es an ausreichenden Spuren am Tatort gefehlt habe, habe es auch an einer nachweisbaren Straftat im Sinne von § 258a StGB gefehlt – hätte eigentlich mit dem Vorwurf der Rechtsbeugung gekontert werden müssen. Jedenfalls ist der Fall exemplarisch dafür, dass weisungsgebundene Justizbehörden in militärischen Angelegenheiten dazu neigen, nach dem Grundsatz „Recht ist, was den Waffen nützt“ zu verfahren.²²

Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit

Ganz besonders sind Juristen durch Gesetzesvorhaben angesprochen, die direkt oder indirekt dadurch so in die richterliche Unabhängigkeit eingreifen, dass militärrelevante Rechtssachen einer bestimmten Staatsanwaltschaft und damit auch einem bestimmten Gericht zugewiesen werden. Dies ist der Fall bei



U. a. Theo Rasehorn, Bernd Asbrock, Hermann Möller

Foto: privat

dem von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen, am 25. Oktober 2012 zu später Abendstunde vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz für Bundeswehrstrafsachen²³. Danach sind für solche Bundeswehrsachen künftig nur noch die bayerische Staatsanwaltschaft Kempten und das Amtsgericht Kempten zuständig. Mag damit auf dem Papier das Prinzip des Gesetzli-

chen Richters gewahrt sein, wird durch diese Art von Verfahrenskonstellation doch schwerwiegend in das System der Rechtsfortbildung eingegriffen. Bewährt hat sich dieses plurale System vor allem dadurch, dass Strafverfahren ihren Ausgangspunkt nicht bei einer einzigen weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft und einem einzigen Gericht nehmen können, sondern dass eine befriedigen-

Anmerkungen

- 1 Über die wichtige Arbeit von IALANA, die bundesweit und weltweit wohl aktivste Juristenorganisation im Bereich der Friedensarbeit, informiert deren Webseite www.ialana.de.
- 2 Eine weitere große Juristen-Demonstration fand statt am 9. März 1991, gleichfalls in Bonn. Aufgerufen dazu hatten 1.118 Juristinnen und Juristen in ganzseitigen Zeitungsanzeigen in DIE ZEIT und in der Süddeutschen Zeitung vom 22. und 23. Februar 1991. Die „größte Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik“ (SPIEGEL-ONLINE vom 15.02.2003) im Vorfeld des Irak-Krieges brachte allein in Berlin 500.000 Teilnehmer, darunter viele Juristinnen und Juristen, auf die Straße, in der gesamten Bundesrepublik schätzungsweise zusätzlich 100.000 bis 200.000 Friedensfreunde.
- 3 In einem gesetzgeberischen Schnellverfahren, von den Medien fast unbemerkt (Ausnahme: Der Spiegel Nr. 24 vom 11.06.2012), hat der Bundestag das Gesetz am 25.10.2012 beschlossen. Kritisch zu dem Vorhaben u. a. Helmut Kramer, Kriegsjustiz durch die Hintertür, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/2010, S. 5–8; Helmut Kramer, Kriegsjustiz

durch die Hintertür in: Joachim Perels und Wolfram Wette (Hg.): Mit reinem Gewissen. Wehrmachtrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer, Aufbau-Verlag Berlin 2011; Susanne Müller, Gutachten für die Sitzung des Rechtsausschusses am 26.09.2012, www.bundestag.de, Rechtsausschuss, abgedruckt auf S. 404.

- 4 Bei der Süddeutschen Zeitung beispielsweise wird die überwiegend einseitige Berichterstattung und Kommentierung der militärischen Auslandseinsätze überstrahlt durch die hervorragende Qualität der vom Innenressort (u. a. Heribert Prantl) geleisteten Arbeit.
- 5 www.blaetter.de.
- 6 www.ossieztky.net – was man neben einem tragbaren Abonnement auch im Internet aufrufen kann.
- 7 www.NachDenkseiten.de.
- 8 www.NRHZ.de.
- 9 NDR-Info, Sendung „Streitkräfte und Strategien“, jeder erste und dritte Samstag des Monats, 19.20 Uhr, mit Wiederholung Sonntag, 12.20 Uhr. Auch Hörer außerhalb des Sendegebiets des NDR können die Sendemanuskripte kostenlos abonnieren unter www.ndr.info.de/streitkraefteundstrategien. Den Freiraum für

unabhängige Berichterstattung hat man hier wohl deshalb belassen, weil bei den unter 2 % herabgesunkenen Einschaltquoten des sog. Kulturradios die Militärlöcher solche unabhängige Information für irrelevant halten können.

- 10 Näheres zum Programm und über die Veranstalter in diesem Heft in der Rubrik „Veranstaltungen“.
- 11 IALANA, Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen. Für gewaltfreie Friedenssicherung. Deutsche Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms. www.ialana.de.
- 12 www.imi-online.de – mit der Zeitschrift AUSDRUCK.
- 13 www.iwif.de; auch www.wissenschaft-und-frieden.de.
- 14 Interessant ist auch die Zeitschrift des FriedensForums, www.friedenskoooperative.de/ff.htm.
- 15 www.forum-pazifismus.de – Die Zeitschrift wird herausgegeben u. a. vom Internationalen Versöhnungsbeirat, der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsgegnerInnen).
- 16 Kontakt: Paul Russmann/Ohne Rüstung leben, Freiburg, orl-russmann@gaia.de –

de herrschende Meinung erst in einem kritischen Dialog von mehreren Gerichten entwickelt worden ist. Mit der durch das Gesetz angeblich verbesserten „Rechtssicherheit für die Soldaten“ (im Ergebnis noch weniger effektiver rechtlicher Schutz für potentielle Opfer!) soll vor allem sichergestellt werden, dass die durch militärische Exzesse herbeigeführten „Kollateralschäden“ praktisch unverfolgt bleiben und damit auch gar nicht erst groß öffentlich diskutiert werden können.²⁴

Anlass zu einer kritischen Begleitung solcher parallel zu der allmählichen Militarisierung der Bundesrepublik verlaufenden rechtspolitischen Entwicklung geben auch die schlimmen Erfahrungen mit einer Militärjustiz nicht nur in der NS-Zeit, sondern auch schon in der Weimarer Republik. Das „Lernen aus der Geschichte“, von Ministern in Festreden an den Jahrestagen der KZ-Gedenkstätten immer wieder beschworen, sollte keine hohle Formel sein.²⁵

Nur durch die Ausblendung der historischen Erfahrungen mit einem Missbrauch der Armee gegen die eigene

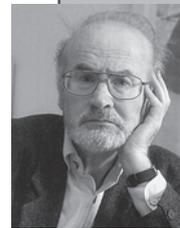
Bevölkerung, insbesondere der verhängnisvollen Rolle des Militärs in der Weimarer Republik, konnte es auch zu dem gleichfalls von der Öffentlichkeit kaum bemerkten Plenarbeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 03. Juli 2012 kommen.²⁶ Die auf eine Grundgesetzänderung hinauslaufende Entscheidung erlaubt den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr nun auch im Inland in „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes“. Der mit 15 Stimmen gegen die Stimme des Richters Reinhard Gaier zustande gekommene Beschluss versucht, durch die Herausnahme von Demonstrationen als Anwendungsfall zu beschwichtigen. Hier könnten gerade kritische Richter eigene Erfahrungen, etwa Nötigungsverfahren nach den Sitzdemonstrationen in Mutlangen in den Jahren 1983–1988, einbringen.²⁷

Unsere Kinder und Enkelkinder sollten nicht eines Tages fragen müssen: Was war denn mit denen los? Haben die denn nichts gesehen? Und was haben sie getan?

Nur dem, der die Geschichte von Krieg und der fehlenden Unterstüt-

zung der Friedensbewegung kennt, wird die schleichende Militarisierung der Bundesrepublik Sorgen bereiten. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges, im Jahre 1912, erschien der Roman „Das Menschenschlachthaus“. Bilder vom kommenden Krieg, von Wilhelm Lamszus.²⁸ Die fiktionale Schilderung wurde schrecklich durch die Wirklichkeit bestätigt. Damals wollten nur wenige glauben, dass wir an der Schwelle eines Weltkrieges standen. In einer von Atomwaffen vollgestopften Welt, nach Hiroshima und Nagasaki, sind wir, um gewarnt zu sein, auf fiktionale Romane nicht mehr angewiesen.

Der Autor:



Dr. Helmut Kramer ist Richter am OLG a. D. und Begründer des Forums Justizgeschichte. Er lebt in Wolfenbüttel.

die Initiative ist mit dem Stuttgarter Friedenspreis 2012 ausgezeichnet worden.

17 DER SPIEGEL vom 05.11.2012.

18 Peter Blechschmidt, Barmherzigkeit für Oberst Klein, Süddeutsche Zeitung vom 09.08.2012, vgl. dazu Leserbrief Helmut Kramer, Freibrief für Kollateralschäden, Süddeutsche Zeitung Nr. 199 vom 29.08.2012, u. a. abrufbar unter [www.justizgeschichte-aktuell.de/Rubrik Juristen und Krieg](http://www.justizgeschichte-aktuell.de/Rubrik/Juristen%20und%20Krieg).

19 Tomas Avenarius, Waffen für die Rebellen, Süddeutsche Zeitung vom 14.11.2012.

20 Peter Blechschmidt: Warum wir Waffen brauchen, Süddeutsche Zeitung vom 16.11.2012.

21 Wolfenbütteler erstattet Strafanzeige im Fall Kunduz, Braunschweiger Zeitung vom 29.12.2009, abrufbar unter www.justizgeschichte-aktuell.de (Rubrik „Juristen und Krieg“ ...).

22 Vgl. dazu u. a. Wolfram Wette und Helmut Kramer, Recht ist, was den Waffen nützt. Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert, Berlin 2004, durchgehend.

23 Gesetz für einen Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr. vgl. dazu www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de.

24 Vgl. dazu Helmut Kramer: Kriegsjustiz durch die Hintertür, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/2010, S. 5–8; Helmut Kramer: Kriegsjustiz durch die Hintertür, in: Joachim Perels und Wolfram Wette: Mit reinem Gewissen. Wehrmachtrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer, Berlin 2011, S. 356; Rolf Surmann: Neue Militärjustiz? Überlegungen zu ihrer Wiedereinführung in der Bundesrepublik von Deutschland von 1949–2010, in: Joachim Perels und Wolfram Wette, ebenda, S. 337–355.

25 Wohl deshalb ist es „geschmacklos, mit den schlechten Erfahrungen zu argumentieren, die Deutschland mit einer eigenen Militärjustiz gemacht hat“ (so Joachim Käppner, Süddeutsche Zeitung vom 27./28.10.2012).

26 BVerfG, 2 PBvU 1/11 – http://www.bverfg.de/Entscheidungen/up20120703_2pbvu000111.html – kritisch dazu Wolfram Wette in diesem Heft. – Interessant ist schon die trickreiche, nur für kundige Juristen nachvollziehbare Art, wie bayerische Politiker den zunächst durch nichts nahegelegten Plenarbeschluss herbeigeführt haben.

27 Vgl. u. a. Betrifft JUSTIZ 1988, S. 228ff.; 1989, S. 108f. Der geschichtskundige

Verfassungsrichter Reinhard Gaier, der gegen die epochale Entscheidung gestimmt hatte, tat dies auch mit dem Hinweis: Das Grundgesetz ist auch eine Absage an den deutschen Militarismus, der Ursache für die unvorstellbaren Schrecken und das millionenfache Sterben in zwei Weltkriegen war. – Zu der durch eine „Stunde Null“ im Jahre 1945 nicht abgebrochenen Kontinuität militaristischer Denkstrukturen vgl. Wolfram Wette, Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kritischen Kultur, Frankfurt 2008. Wolfram Wette kannte noch nicht jüngere Äußerungen nach der Art eines Alexander Gauland, der den Deutschen „ein gestörtes Verhältnis zur Gewalt“ vorwarf und empfahl, sich an an Bismarck zu halten, wonach „die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden, sondern durch Eisen und Blut entschieden werden“, vgl. Alexander Gauland, in: Der Tagesspiegel vom 27.07.2012, mit Entgegnung von Dieter Deiseroth: Einstimmung auf Verfassungs- und Völkerrechtsbruch, in: Der Tagesspiegel vom 06.08.2012.

28 Vgl. dazu Andreas Pehnke: Grauen fällt uns an. Gespenstische Prophezeiung in: DIE ZEIT vom 02.08.2012, S. 18.